

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 21, 21. Oktober 1998

rechts

Einblicke

Stichwortgeber

Von Michel Friedman

Schade, Martin Walser!

Nun muß er damit rechnen, daß die Revisionisten und die Schlußstrichzieher, also diejenigen, die das Vergangene verstecken wollen, ihn genüßlich zitieren. In einem Punkt hat er recht: Es gibt in der Tat eine Inflation des Gestrigen. Diese ist aber kein Ausufern des Erinnerns, wie Walser irrtümlich meint, sondern eine Wiederkehr des alten Denkens in unsere Gegenwart. Die Brandstifter werden gewählt, sie sitzen in Parlamenten und führen mit ihrem Wort so manche blutige Hand durchs Land.

Was Walser empfiehlt, nämlich Schweigen, ist weder eines Schriftstellers noch eines Friedenspreisträgers des Buchhandels würdig. Was er anrichtet, kann eine fürchterliche Wirkung haben. In aller Deutlichkeit muß ihm widersprochen werden: Es gibt nicht zu viel Erinnerungsarbeit, sondern eher zu wenig. Geschichtslosigkeit ist Gesichtslosigkeit. Mag es für ältere Menschen eine Wiederholung des Gesehenen, des Gehörten und des Gelernten sein - für die jüngere Generation ist es die erste Erfahrung mit Geschichte. Geschichte ist keine Bedrohung, sondern Anlaß für junge Menschen, Lehren zu ziehen. Wie Geschichte eingeordnet wird, ist der Stempel der jeweiligen Wertedebatte in unserer Gegenwart. Es geht um Menschenrechte, um eine immer wieder neu zu erarbeitende Antwort auf den Holocaust.

Die beunruhigenden und schlimmen, gewalttätigen und tödlichen Untaten am rechten Rand Deutschlands bleiben zu aufregend, um eine Ermüdung der gesellschaftlichen Mitte zuzulassen. Daraus könnte eine falsch verstandenen Salonfähigkeit, Schlußstrich-Mentalität und Enttabuisierung entstehen, von der dann gerade diese Mitte wieder sagen wird: Das haben wir aber nicht gewollt.

Ich sage: Sie wissen, was sie tun.

Braun-rote Sympathien

Die NPD bekundet Solidarität mit dem kommunistischen Nordkorea im „antiimperialistischen Kampf“.

Seite 2 ■

Strategiewechsel

Anstatt auf Skinhead-Aufmärsche will die NPD offenbar künftig mehr auf die soziale Argumentationsschiene setzen.

Seite 3 ■

Verdrängte Verbrechen

Japan hat die Aufarbeitung seiner Vergangenheit noch nicht vollzogen.

Seite 5 ■

Anti-ungarische Töne

In der neuen slowakischen Regierung sind die Rechtsextremen zwar nicht mehr vertreten, jedoch keineswegs gebremst.

Seite 6 ■

Nestbeschmutzung

Die Debatte um die Wehrmachtsausstellung erinnert an die Auseinandersetzung, die sich vor mehr als 40 Jahren an einem Film über NS-Greuelthaten entzündete.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Ein kommunistisches Paradies**

Die rechtsextremistische NPD hegt Sympathie für den „nationalen Sozialismus“, wie er in Nordkorea herrscht.

„Nordkoreas Botschafter empfing Nationalisten“ - meldet die „Deutsche Stimme“, das parteioffizielle Organ der NPD in ihrer neuesten Ausgabe. Nach Angaben der rechtsextremistischen Blattes, weilte auf Einladung des nordkoreanischen Botschafters Ri San Yu eine Delegation des NPD-Parteivorstandes und des NPD-Landesverbandes Sachsen in der Interessenvertretung des asiatischen Staates in Berlin. Dort wollen die braunen Kameraden eine Note überreicht haben, um ihre Solidarität mit dem kommunistischen Nordkorea im „antiimperialistischen Kampf“ auszudrücken. Denn, die Nordkoreaner, so verkündet der Leipziger NPD-Bundesvize Jürgen Schön, seien „nationalgesinnte Leute“, die einen „berechtigten Kampf gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika“ führten.

Einer der Verbindungsleute zur nordkoreanischen Vertretung, die seit dem Untergang der DDR keine unmittelbaren diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik unterhält und ihre Interessen seither von dem bei der Botschaft der Volksrepublik China, Außenstelle Berlin, eingerichteten „Büro für den Schutz der Interessen der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik“ aus wahrnimmt, ist Michael Koth.

Der Nationalbolschewist, vor Jahren noch stellvertretender Vorsitzender der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD), Mitglied des „Freundeskreises Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V.“ und Aktivist des DDR-nostalgischen „Erich-Honecker-Solidaritätskomitees“, hat erst unlängst die politischen Fronten gewechselt. In der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ gab Koth im Sommer bekannt, daß er bei der rechtsextremistischen Partei um „politisches Asyl gebeten und dieses auch erhalten habe.

Koth, der auch bei dem erwähnten Plausch der NPD-Funktionäre mit den asiatischen Kommunisten in Berlin am 30. Juli zugegen war, steht an vorderster Front der Nordkorea-Sympathisanten in

der Bundesrepublik. So ist er Vorsitzender der nordkoreahuldigenden Grüppchen „Partei der Arbeit Deutschlands“ (PdAD) und der „Gesellschaft zum Studium und zur Verbreitung der Dschutschen Ideologie - Deutsch-Koreanische Freundschaft“. Die „Dschutsche Ideologie“ propagiert einen nationalen Sozialismus, der an die Programmatik der NSDAP erinnert.

Entsprechend will NPD-Neuling Koth auch gewaltsam gegen die deutsche Demokratie vorgehen. In der holocaustleugnenden Zeitschrift „Sleipnir“ gab er unlängst bekannt, daß die „wirkliche Einheit Deutschlands mit dem Ziel der Schaffung einer wahren Menschengemeinschaft nur unter sozialistischen Bedingungen möglich“ sei, „was den Sturz des Bonner Systems voraussetzt“. Mitstreiter für seine „Partei der Arbeit Deutschlands“ sucht Koth mittels Annoncen in rechtsextremistischen Zeitschriften wie „Europa Vorn“. Interessierte „Kampfgenossen“ die mit ihm für den „deutschen Sozialismus“ kämpfen wollen, werden aufgefordert, sich bei ihm in Berlin zu melden.

■ „Kapitalistische Finsternis in Deutschland“ ■

In seiner Eigenschaft als PdAD-Vorsitzender gratulierte Koth im Oktober vergangenen Jahres dem neuen nordkoreanischen Diktator, „dem Genossen Kim Jong II“, zu dessen Kür zum Generalsekretär der kommunistischen Einheitspartei. Der Amtsantritt von Jong II, so Koth, habe „bei allen unserer Mitglieder und Kandidaten unbeschreibliche Freude ausgelöst.“ Voll Zuversicht beteuert er: „Alle zeitweiligen Probleme werden unter Ihrer Führung gemeistert werden, dessen sind wir gewiß. Ihre wissenschaftlichen Werke erhellen uns den Weg in die kapitalistische Finsternis des heutigen Deutschlands“.

Dieser „Finsternis“ entflieht Koth in unregelmäßigen Abständen. So organisiert er Reisen von Gleichgesinnten ins vermeintlich kommunistische Paradies. Auch in den kommenden Wochen soll wieder eine Delegation nach Asien fliegen. Die Plätze dürften wohl schnell gefüllt sein, da die Unterstützung Nordkoreas bei deutschen Neonazis schon seit längere Zeit einen hohen Stellenwert genießt. Der dort herrschende „nationale Sozialismus“, der die Menschen dem Hungertod ausliefert, gilt den deutschen Rechts-Recken wohl als Mustermode. Anton Maerle

Aktivitäten

Richtungswechsel

Nach ihrem Einbruch bei den Wahlen scheint die NPD wieder stärker auf die soziale Argumentationsschiene zu setzen.

Wenn die Wahlergebnisse der NPD bei der Bundestagswahl in den alten Bundesländern überall das Niveau des hessischen Wetteraukreises erreicht hätten, dann würde bei der Auswertung in den Parteigremien wahrscheinlich eitel Freude und Sonnenschein herrschen. Mit 1,2 Prozent der Zweitstimmen hatte man dort sowohl die DVU (0,9%) als auch den neoliberalen Bund Freier Bürger (0,6%) deutlich distanziert. Der Wahlkreiskandidat schnitt mit 1,7 Prozent sogar noch besser ab als die Partei. Ähnlich erfolgreich war das Abschneiden im benachbarten Lahn-Dill-Kreis, wo die in ihrem Heimatort Ehringhausen verankerte Kandidatin Doris Zutt für 1,0% sorgte.

Doch was auf den ersten Blick wie ein Erfolg aussieht, ist in Wirklichkeit ein deutlicher Ausdruck für den noch immer krisenhaften Zustand der Traditionspartei der deutschen extremen Rechten. Denn erstens ragt in den alten Bundesländern dieses Wahlkreisergebnis einsam aus der sonstigen Tristesse des 0,1 bis 0,2 Prozent-Bereiches heraus. Und zweitens ist dieser Ausrutscher nach oben eindeutig auf lokale Gegebenheiten, nämlich die Hochburg Wölferheim zurückzuführen. Dort konnte der NPD-Lokalmatador Volker Sachs mehr als 10 Prozent der Erststimmen für sich verbuchen; seine Partei kam auf satte sieben Prozent. Doch drittens birgt gerade das Ergebnis in der Wetterau zusätzliches innerparteiliches Konfliktpotential, denn Sachs gilt nicht unbedingt als Befürworter des gegenwärtigen Parteikurses. In einem Leserbrief im Parteiorgan "Deutsche Stimme" kritisierte er z.B. die Dominanz von Skinheads bei Parteiveranstaltungen.

"Erst die Hausaufgaben, dann die Demonstrationen" fordert Sachs und beschuldigt die Skins innerhalb der Partei, "das Geschäft des politischen Gegners" zu besorgen und "jedem ernstzunehmenden Rechts-wähler die Stimmabgabe" zu verleiden. Tatsächlich ist das Ritual der Massenaufmärsche innerhalb der Partei bereits nicht mehr unumstritten. Waren diese Demonstrationen in der NPD in der Phase des Wiederaufbaus der Partei noch allgemein für notwendig angesehen worden, um Anziehungskraft zu erzielen und die Hegemonie innerhalb der

rechtsextrem orientierten jugendlichen Subkultur zu gewinnen, wird dieses Mittel inzwischen zunehmend in Frage gestellt.

So soll es der mitgliederstärkste Landesverband Sachsen den dortigen Aktivisten lediglich "freigestellt" haben, an der zentralen Abschlußkundgebung am 19. September in Rostock teilzunehmen. Dies bedeutet weniger eine Distanzierung der Sachsen von der Taktik der gezielten Provokationen, sondern ist vielmehr Ausdruck der Konkurrenz zu den "freien Nationalisten" und "autonomen Kameradschaften" um Christian Worch und Thomas Wulff. Deren Anhänger hatten bereits am 1. Mai bei der Großdemonstration in Leipzig für unliebsame Zwischenfälle mit der Polizei gesorgt, die das gewünschte Bild von "Ruhe, Disziplin und Ordnung" erheblich trübten. Da diese Kräfte nicht zu kontrollieren sind, so das Kalkül der Sachsen, darf man ihnen keine Gelegenheit zur Profilierung bieten.

Der sächsische Landesverband ist zugleich deutlicher Ausdruck dafür, daß überproportionale Mitgliederzuwächse noch kein Garant für Wahlerfolge sind. So langte es in ihrem Musterkreisverband Leipzig und im Umland dieser Großstadt gerade einmal zu 0,8 Prozent. Ähnlich ernüchternd war das Abschneiden in der Metropole Dresden und in Chemnitz. Im restlichen Sachsen dagegen waren Resultate von deutlich über einem Prozent keine Seltenheit, wobei der Wahlkreis 317 (Pirna) mit 2,7 Prozent deutlich herausragt. Auch wenn die sächsische NPD bei der Bundestagswahl wiederum an der Spitze aller Landesverbände gelegen hat, kann sie sich für die Landtagswahl im kommenden Jahr - auf die bereits viel Hoffnung gesetzt wurde - nur dann Chancen ausrechnen, wenn sie nicht mit der Konkurrenz der DVU zu kämpfen haben wird. Ob Gerhard Frey bei dieser Wahl erneut seine Dampfwalzenstrategie des Plattmachens anwenden wird, oder aber ausnahmsweise einmal Solidarität innerhalb des Lagers an den Tag legen wird, liegt bei seiner Unberechenbarkeit noch in den Sternen.

Am Vorgehen der sächsischen NPD und an ihren inhaltlichen Schwerpunkten wird die Entscheidung Freys kaum etwas ändern. Dort hat man die "sozialistische" Argumentation am bisher weitesten vorangetrieben. Man hält es eindeutig mit dem Parteivorsitzenden Udo Voigt, der gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" erläuterte, die NPD habe mehr Gemeinsamkeiten mit der PDS als mit den anderen Parteien der extremen Rechten. Es ist kein Zufall, daß die ersten Sitzungen des AK Wirtschaftspolitik der NPD, der die national-"sozialistische" Synthe-

se vorantreiben soll, gerade in Sachsen stattgefunden haben. Zielgruppe sind vor allem diejenigen ehemaligen PDS-Anhänger, die von der zunehmenden Lösung dieser Partei von der DDR-Vergangenheit enttäuscht sind.

Der relative Mißerfolg bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern dürfte die NPD Sachsen noch in dieser Schwerpunktsetzung bestärken. Revisionistische Äußerungen des dortigen Kandidaten Manfred Roeder hatten eine lauwarne Distanzierung des Parteivorstandes notwendig gemacht. Solche Ausfälle und die Militanz der zunehmend die Partei dominierenden JN erhöhen die Gefahr eines Verbotsverfahrens. Die soziale Argumentationsschiene scheint demgegenüber erfolgversprechender. Der Parteivorstand wird diesem Kurs wohl folgen. Zumal die Bundestagswahlen die Partei auf ihr Normalmaß zurückgestutzt haben.

Andreas P. Zaleshoff



Aus der Szene

Skinhead-Treffpunkt

In einem Lokal im schleswig-holsteinischen Neumünster werden Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene geplant.

„Zum Treffort für Skinheads und Neonazis aus Schleswig-Holstein und anderen norddeutschen Ländern hat sich ... in Neumünster das Szene-Lokal >Club 88< entwickelt. Die Zahlenkombination 88 (8. Buchstabe des Alphabets) ist im rechtsextremistischen Sprachgebrauch als Abkürzung für >Heil Hitler< gebräuchlich.“ So hat der aktuelle Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein eine Lokalität von überregionaler Bedeutung beschrieben. Der „C 88“ existiert seit knapp zwei Jahren und wird besonders von den neonazistischen Hammerskins bevölkert.

„Warhead“ heißt die Publikation der „Hammerskins Nordmark“, deren Fäden bei Sven Greve aus Lüneburg zusammenlaufen. Als Autor tritt Haiko Feyerabend aus der Nähe von Itzehoe in Erscheinung. Er ging Ende der 80er Jahre als Teenager durch die FAP-Schule. Feyerabend ist Mitglied der der Hammerskin-Bewegung zuzurechnenden Gruppe „Kraftschlag“ und wirbt heute mit seiner Familie für den Verkauf von Keltenschmuck. Im Skinzine

„Warhead“ heißt es über das Szene-Lokal C 88: „In Itzehoe hatten wir den ... >Kelten<, der aber auf Druck der Öffentlichkeit geschlossen wurde. Sein Nachfolger ist der Club 88“. Der Neonazi-Treff „Zum Kelten“ verlor nach erfolgreichen öffentlichen Protesten 1992 seine Konzession.

Für den „C 88“ hält diese übrigens Christine Dolscheid in ihren Händen. Zuletzt kamen bis zu 250 Besucher zu „C 88“-Abenden. Erst kürzlich prügelten Besucher des Lokals auf ihrem Heimweg nach Rendsburg auf dem Bahnhof Neumünster einen Jugendlichen brutal zusammen. Einer der Täter, die von der Polizei gefaßt wurden, war der wegen Körperverletzung einschlägig vorbestrafte Matthias Clausen.

Autoaufkleber, T-Shirts, Aufnäher und Schirmmützen werben inzwischen bundesweit mit dem Logo „C 88“. Nach dem Aufmarsch von „Bündnis Rechts für Lübeck“ zur Kommunalwahl in der Marzipanstadt im vergangenen März fuhr ein Bus mit Kundgebungsteilnehmern zur abschließenden Feier in den „Club“. Dort geht auch Tim Bartling aus Neumünster ein und aus. Er wird als führender Kopf der örtlichen militanten Neonazis betrachtet. Im vergangenen Jahr hatte der Kampfhundbesitzer einen kurdischen Mann angegriffen. Das Strafverfahren dazu steht noch aus. Bartling und Co. pflegen beste Kontakte zu Gleichgesinnten im nord-niedersächsischen Tostedt. Die Skin-Clique aus Neumünster wurde in diesem Jahr bereits als „Schutztruppe“ für die NPD-Kundgebung in Passau im Februar und für den 1.-Mai-Aufzug der NPD in Leipzig eingesetzt. Regelmäßige Besucher des „C 88“ sind zudem in verschiedenen Fußball-Hooligan-Zusammenhängen zu suchen. Nicht umsonst rühmen sich die Neumünsteraner Skins mit den Tostedtern als Elitekicker bei Turnieren in den eigenen Reihen. Nachzulesen ist dies im „Bramfelder Sturm“, heute „Hamburger Sturm“, einer Publikation von sogenannten „Freien Nationalisten“ um Thomas „Steiner“ Wulff und Christian Worch. Unterstützt werden sie von der „Patriotischen Jugend“ aus Henstedt-Ulzburg, die sich aus bekennenden Hamburger SV-„Fans“ zusammensetzt.

In unmittelbarer Nähe zum Szenelokal „C 88“ befinden sich ein Jugendfreizeitheim (JFH) und eine Schule. Im JFH fand noch vor der Eröffnung des „C 88“ eine als private Geburtstagsfeier deklarierte „Adolf-Hitler-Feier“ statt. Bekannt geworden sind inzwischen auch Rekrutierungsversuche der Neonazis an besagter Schule neben dem „C 88“.

Resi Schwale

Ausland

Verdrängte Greuel**Japan tut sich immer noch schwer mit der Aufarbeitung seiner jüngsten Geschichte.**

Als im Herbst 1995 hierzulande an den Beginn und ein Jahr später an das Ende des Strafverfahrens vor dem „Internationalen Militärtribunal“ von 1945/46 gegen 24 Spitzen des NS-Staates erinnert wurde, gab es neue Bücher, Filme, Diskussionen, Reportagen. Fast alle waren seriös und kritisch. In keinem ernstzunehmenden Medium wurde versucht, den Nürnberger Richtern Siegerjustiz anzulasten oder die Angeklagten reinzuwaschen.

Anders in Japan, dessen Imperialismus in Asien mit grausigen Massenverbrechen verbunden bleibt. Da infizierten in der Mandschurei japanische Militärärzte Kriegsgefangene mit Cholera, Pest und Typhus. Anderenorts mußten sich Gefangene in Eis und Schnee legen. Anschließend wurden sie so schnell „aufgetaut“, daß das Fleisch an den Knochen hängenblieb. Frauen wurden Syphilisversuchen unterworfen, Schwangere mußten gebären, um Versuche an den winzigen Kindern vornehmen zu können. Im Gegensatz zur Bundesrepublik folgte im Japan der Befreiung nur ein einziger Prozeß amerikanischer Juristen gegen 28 Militärs und hohe Beamte. Am 12. November 1946 ergingen die Urteile. Sieben Beschuldigte wurden zum Tode verurteilt. Nach langem juristischen Tauziehen wurden anschließend am 23. Dezember 1948 die Urteile vollstreckt, u. a. am japanischen Kriegspremier und General Hideki Tojo. Sie waren schuldig gesprochen worden wegen Massenvergewaltigungen, Massakern an amerikanischen, vietnamesischen, französischen in philippinischen Kriegsgefangenen und australischen Krankenschwestern.

Nun ist, wie die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) kürzlich berichtete, ein Film in die Kinos gekommen, der an den 50. Jahrestag der Exekution erinnert. Sein englisch-japanischer Titel: „Pride - Unmel no toki“, übersetzt „Stolz - Schicksalhafte Augenblicke“. In ihm gibt es nicht den grausamen Kriegstreiber und skrupellosen Eroberer Tojo. Vorgeführt wird vielmehr ein lieber Großvater und unschuldiger Tomatenzüchter, dem es vor den amerikanischen Richtern vor allem darauf ankam, den japanischen Kaiser zu verteidigen. Den hatten die USA deshalb nicht auf die Anklagebank geschickt,

weil sie Angst vor der Reaktion der japanischen Bevölkerung hatten. Schließlich galt und gilt der Kaiser als unantastbar. Und dennoch trug er die Hauptverantwortung für den Krieg und damit für die Verbrechen. Hideki Tojo nimmt in dem Film alles auf sich. Der Film vermittelt ein Vorbild an Loyalität und Vaterlandstreue. Das gilt auch für das Massaker von Nanking, als die japanische Soldateska etwa 300 000 chinesischen Zivilisten abschlachtete. Die „Süddeutsche“ schreibt: „Die Darstellung der Beweisaufnahme über das Massaker von Nanking während der Gerichtsverhandlung ist bezeichnend dafür, wie dieser Film mit der Geschichte umgeht. Die Zeugenvernehmung eines westlichen Missionars endet mit der Frage, wieviele Tötungen er gesehen habe. Der Zeuge antwortet: ‘Eine’... Den Zuschauern wird also der Eindruck vermittelt, das ganze Massaker sei eine Erfindung, eine unbewiesene Behauptung ausländischer Kritiker.“

Japans faschistische Regierung und der japanische Eroberungskrieg dürfen nicht gleichgesetzt werden mit dem Naziregime. Japan hat zwar auch Konzentrationslager eingerichtet, es gab aber keinen Völkermord. Ebenso fehlten Befehle wie bei den Nazis der „Kommissarbefehl“ gegen kommunistische Funktionäre in der Roten Armee, bestimmte Offiziere sofort zu ermorden. Aber die japanische Führung in Tokio und die Generäle an der Front unternahmen auch nichts, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Ähnlich wie bei den Nazis war das Leben eines eigenen Soldaten kaum etwas wert. So kostete im Frühjahr 1944 der gescheiterte Versuch, die nordindische Stadt Imphal zu erobern, 70 000 japanische Soldaten das Leben.

Äußerst bedenklich ist die Finanzierung des Films. „Nationalistische Kreise“ hätten, so die SZ, 90 Prozent der Produktionskosten übernommen und garantiert, 900 000 Eintrittskarten unters Volk zu bringen. Vergleicht man den „Fall“ Hideki Tojo mit deutschen Verhältnissen, dann hätte hier Reichsmarschall Hermann Göring, der Hauptangeklagte im Nürnberger Prozeß, in einem Film heroisiert werden müssen. Das ist uns zum Glück erspart geblieben - vermutlich aus diesen Gründen: Vor allem die USA und Großbritannien haben nach der Befreiung erfolgreich versucht, die deutsche Bevölkerung vom Wert der Demokratie zu überzeugen. Die Strafverfahren gegen NS-Verbrecher haben etliches zur Aufklärung beigetragen. Die Deutschen haben vieles aus der NS-Zeit gelernt. Das unterscheidet sie wohl von großen Teilen der japanischen Bevölkerung.

Heiner Lichtenstein

Ausland**Ein Pyrrhus-Sieg für die Demokratie**

Die slowakischen Nationalisten sind zwar nicht mehr in der Regierung vertreten, für die Verbreitung ihrer anti-ungarischen Propaganda bleiben ihnen dennoch genügend Möglichkeiten.

Mit der slowakischen Wahl vom 25./26. September ist die letzte rechtsextreme Partei aus der Regierung einer - zugegebenermaßen problematischen - europäischen Demokratie verschwunden. Die „Slovenská Národná Strana“ („Slowakische Nationale Partei“, SNS) holte mit 9,1 Prozent der Stimmen und damit 14 Sitzen zwar ein überraschend hohes Ergebnis, dennoch scheinen die Chancen, das sie an der neuen Regierung teilnehmen wird, gering. In der völlig polarisierten slowakischen politischen Landschaft wird die SNS der Pro-Meciar-Seite zugerechnet. Der nationalpopulistische dreimalige Premier und seine „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (HZDS) sind die großen Verlierer der Wahl; 27,1 Prozent gegenüber 32,5 Prozent in 1998. Meciar verlor ebenso seinen zweiten Koalitionspartner, die linksextreme ZRS, die mit 2,5 Prozent weit unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb. Mit seiner Polarisierungspolitik hat Meciar auch alle anderen Parteien vergrault.

Dies hinterläßt bei der SNS vermutlich gemischten Gefühle über die letzte Wahl. Einerseits hat die Partei viel besser abgeschnitten als ihr in verschiedenen Meinungsumfragen vorausgesagt wurde, teilweise wurde ihr gar ein Ergebnis unter der Fünf-Prozent-Marke prophezeit. Sie konnte sich auch als einzige (ehemalige) Regierungspartei verbessern; die 9,1 Prozent sind im Vergleich zu den 5,4 Prozent vor vier Jahren fast eine Verdoppelung. Anders wird die SNS die kommenden vier Jahre in der Opposition verbringen, zusammen mit der wahrscheinlich desintegrierend operierenden HZDS. Und, vielleicht das Schlimmste, sie muß sich auch noch damit abfinden, daß ihr ärgster Feind das Land mitregieren wird, nämlich die „Ungarische Koalitions-Partei“ (SMK).

Die SNS wurde 1990 gegründet als Nachfolgerin der ersten slowakischen Partei gleichen Namens.

Die ursprüngliche SNS (1871-1938) war eine christlich-nationalistische Partei, mit sowohl evangelischen als auch katholischen Mitgliedern. In zunehmendem Maße radikalisierte sich die SNS und spielte während des Zweiten Weltkriegs eine wichtige Rolle innerhalb des faschistischen slowakischen Staates. Von Anbeginn an nahm die Neugründung SNS eine revisionistische Position zu dem ersten slowakischen Staat ein, verteidigte oder huldigte die Führung dieses Marionetten-Staates von Hitlers Gnaden, wie Präsident Josef Tiso.

Ursprünglich hatte die neugründete SNS allerdings ein gemäßigtes nationalistisches Programm. Bei den Wahlen in der Tschechoslowakei von 1990 erzielte die nur wenige Monate zuvor gegründete Partei mit ihrer Forderung für mehr Autonomie für die Slowakei gleich 14 Prozent der slowakischen Stimmen. Schon ein Jahr später radikalisierte sich die Partei und forderte die slowakische Unabhängigkeit - das taten zu dem Zeitpunkt jedoch mehr oder weniger offen viele slowakische Parteien, wie z.B. die christdemokratische KHD und Meciar's HZDS. Wahrscheinlich durch diese Konkurrenz holte die SNS bei der Wahl von 1992 dann nur acht Prozent der Stimmen. Jedoch brachte sie das Ergebnis zusammen mit der HZDS in die slowakische Regierung, die dann unter Führung von Premier Meciar die Spaltung der Tschechoslowakei herbeiführte.

■ Auf den Trümmern des Tiso-Staates ■

Nach der slowakischen Unabhängigkeit traten die Differenzen innerhalb der SNS immer stärker hervor, was dazu führte, daß der gemäßigte Flügel 1993 die Partei verließ. Damit hatte die nationalistische SNS zwar einen geringeren Mitgliederstand, dies diente aber gleichzeitig auch der Stabilisierung. Nach drei Parteivorsitzenden in nur drei Jahren, übernahm dann der heute noch amtierende Jan Slota den Vorsitz der SNS. Slota modernisierte und radikalisierte die Partei. In zunehmendem Maße wurden auch aktuelle Themen besetzt, wie die internationale Position des neuen Staates, die Stellung der ungarischen Minderheit innerhalb der Slowakei, Kriminalität etc. Ihren Geschichtsrevisionismus hat die SNS keinesfalls aufgegeben: Noch im vergangenen Jahr wurde Josef Tiso als „großer Sohn der Kirche und Nation“ bezeichnet.

Der neue politische Kurs führte 1994 zwar zu einer - relativen - Wahlschlappe, es reichte aber

trotzdem wieder für die Regierungsbeteiligung. In dieser dritten Meciar-Regierung erhielt die SNS zwei Ministerämter: Eva Slavkovská als Ministerin für Unterricht und Ján Sitek als Verteidigungsminister. Dadurch übten die Nationalisten großen Einfluß aus auf (ihnen besonders) wichtige Aspekte des jungen Staates. Im Unterricht sorgte Slavkovská für neue „proslowakische“ Schulbücher, wie das umstrittene Werk „Die Geschichte der Slowakei und die Slowaken“ von dem Paduaer Universitätsprofessor Milan Durica, währenddessen Sitek die Anti-Nato-Position der SNS innerhalb der Regierung verteidigte.

■ Gute Kontakte zum „Front National“ ■

Während ihrer Regierungszeit pflegte und erweiterte die SNS ebenso ihre internationalen Kontakte. So unterzeichnete Slota im April 1997 eine Freundschaftserklärung mit dem Ultranationalisten Volislav Seslj von der „Serbischen Radikalen Partei“. Im darauffolgenden September empfangen Slota und die Minister der Partei den französischen Rechtsextremisten Jean Marie Le Pen in Bratislava. Parteifunktionäre der SNS, darunter auch Slota selbst, besuchten ebenso Veranstaltungen des „Front National“ in Frankreich. Schlecht sind allerdings die Beziehungen zu den tschechischen „Republikanern“ (SPR-RSC) von Miroslav Sládek, die sich selbst immer noch als Tschechoslowaken betrachten, und zu der „Ungarischen Partei für Recht und Leben“ (MIEP) von Iván Czurka, die den Süden der Slowakei, wo auch sehr viele Ungarischsprachige leben, noch immer als „Oberungarn“ ansieht.

Obwohl die SNS jetzt die kommenden Jahre in der Opposition verbringen wird, sind ihre Perspektiven sicherlich nicht schlecht. Die neue Regierung ist intern sehr zersplittert und hat einige sehr schwierige Aufgaben zu bewältigen, wie das Voranbringen der Wirtschaft und die Integration des Landes in die EU und NATO. Die SNS kann sich dabei als einzige starke Oppositionspartei präsentieren, da die HZDS von Meciar sicherlich von schweren innerparteilichen Problemen gebeutelt wird. Hinzu kommt noch, daß anti-ungarische Gefühle in der Slowakei weit verbreitet sind, und mit der „Ungarischen Koalitions-Partei“ in der Regierung verfügt die SNS jetzt über neue und ungekannte Möglichkeiten für ihre anti-ungarische Propaganda.

Cas Mudde

Seitenblick

Walsers Keule

Der Schriftsteller Martin Walser hat mit seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche für Empörung gesorgt. Ignatz Bubis, der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, beschuldigte ihn „geistiger Brandstiftung“.

Ein Schriftsteller sollte die Wörter, die er benutzt, nach ihrer Herkunft befragen. Martin Walser, der diesjährige Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, sagte in seiner Rede am 11. Oktober in der Frankfurter Paulskirche „vor Kühnheit zitternd“: „Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkule oder auch nur Pflichtübung“.

Die unverschämte Wortverbindung von „Auschwitz“ und „Keule“ gehört zum gängigen Vokabular der extremen Rechten. In der allerersten Nummer des Euro-Kuriers (ein Periodikum des auf die Auschwitzleugnung spezialisierten Grabert-Verlages) war 1990 von dem „hysterischen Umschlagen mit dem >Auschwitz-Knüppel<“ durch Habermas und die „unselige Frankfurter Schule“ die Rede. Ist Walser sich dieses Zusammenhangs bewußt gewesen oder ist er in seiner Rede einfach ausgerutscht? Und verwahrt er sich nicht zu Recht gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz?

In Walsers Rede sind viele Passagen unklar. Eindeutiger als der Wortlaut ist die Textur der Rede: die Abrechnung mit ungenannten Intellektuellen (Walsers positiver Gegenbegriff sind die „Dichter und Denker“), seine Polemik gegen das geplante Holocaustmahnmal, die selektive Zitierung des frühen, deutschnationalen Thomas Mann, der Vergleich von Auschwitz mit der Guillotine und die in den Raum gestellte Frage, warum in diesem Jahrzehnt die schmachliche deutsche Vergangenheit präsentiert wird wie nie zuvor. Das rückt das Keulen-Argument in ein bedenkliches Licht.

Selbst wenn Walser der rechtsextreme Ursprung der Keulen-Metapher nicht bewußt ist, müßte er deren Bedenkenlosigkeit durchschauen. Bilder von Auschwitz erzeugen für einen Moment das Gefühl der hilflosen Lähmung, aber sie zerschlagen nicht. Auschwitz provoziert. Walser zieht den Kopf ein.

F.P. Heller

Analyse**Ost/West-Gefälle**

Der massive Wahlkampf in der Hauptstadt hat sich nicht gelohnt: keine der rechten Parteien hat in Berlin auch nur annähernd die Fünf-Prozent-Hürde erreicht. Die „Republikaner“, die vor allem auf Jungwählerwerbung und Abgrenzung von DVU und NPD gesetzt hatten, bekamen gerade einmal 2,4 Prozent der Stimmen - immerhin 0,5 Prozent mehr als bei den vergangenen Bundestagswahlen. Auch der frischgekürte 23jährige Berliner DVU-Chef Olaf Herrmann, der in den Wochen vor der Wahl vor allem im Ostteil massiv auftrat, muß die Erwartungen der Münchner Parteizentrale enttäuscht haben: Die DVU erhielt 2,1 Prozent. Trotz ihres aggressiven Wahlkampfes weit abgeschlagen dahinter landete die NPD mit 0,4 Prozent - und das, obwohl NPD-Pressesprecher Klaus-Jürgen Faber schon vor Wochen tönte, bereits im Besitz von über 10.000 Adressen von Jugendlichen zu sein - als Reaktion auf erfolgreiche Flugblattaktionen. Auch verging in den Wochen vor der Wahl im Wahlbezirk Hellersdorf/Marzahn keine Veranstaltung der demokratischen Parteien, die nicht von jugendlichen NPD-Funktionären massiv gestört wurde.

Deutliche Unterschiede zeigten sich bei der Wahl zwischen Ost- und West-Berlin. Im Osten erhielten die drei Rechtsparteien insgesamt 6,6 Prozent, im Westteil 4,1 Prozent. Zusammengekommen unterschritten die drei Parteien landesweit mit 4,9 Prozent knapp die Fünf-Prozent-Hürde. Erwartungsgemäß wurden die REP vor allem im Westteil der Stadt gewählt, DVU und NPD im Ostteil.

Im Westen erzielten die Rechtsextremen gemeinsam ihre besten Ergebnisse in den Arbeiterbezirken Wedding (6,8%) und Neukölln (5,6%). Im Ostteil kamen sie außer in den Szenebezirken Prenzlauer Berg und Mitte überall auf mehr als fünf Prozent. Hochburgen sind erwartungsgemäß Hohenschönhausen, Hellersdorf und Marzahn mit 7,5 bis 7,7 Prozent. In Hellersdorf und Marzahn, wo der NPD-Landesvorsitzende Andreas Storr als Direktkandidat antrat, kam die Partei auf 1,3 und 1,4 Prozent. Auch die DVU erzielte - offenbar dank Herrmanns Engagement - in Hellersdorf, Hohenschönhausen und Marzahn mit jeweils über drei Prozent ihre besten Ergebnisse.

Laut einer Infas-Analyse verlor die CDU vor allem im Ostteil 14.000 Wähler an die DVU. Aber auch die SPD mußte demnach 0,4 Prozent ihrer Stimmen an die „Republikaner“ abgeben. J.G.

Aus der Szene**Gewalt im Netz**

Noch in der Nacht nach der Bundestagswahl wurde im neonazistischen Thule-Netz via Internet ein Aufruf zu Gewalt und Bürgerkrieg verbreitet. Darin heißt es u.a.: „Wie in jeder verarmten multi-kulturellen Gesellschaft (Ruanda, Jugoslawien, Kosovo) wird es auch in der BRD zum Bürgerkrieg kommen. Nur wird es unter der SPD-Regie schnell gehen - bevor die gewalttätigen Ausländer der 3. und 4. Generation ins Kampf-Alter kommen. So haben die Deutschen - dank SPD - eine gute Chance, den Bürgerkrieg zu gewinnen.“ Das Thule-Netz ruft auf, sich dagegen zu wehren: „Was bedeutet das für uns Nationalisten? Ab in den Untergrund! Die Zeit für demokratische Spielregeln ist vorbei. Rennt euch nicht sinnlos die Köpfe am BRD-Regime ein. Bereitet euch vor auf den Tag X. Die politische Säuberung der Bunzwehr (= Bundeswehr) zeigt, wohin der Weg weist. Das Einzige, was zwischen uns und der Zukunft steht ist die BRD und die ist schon so gut wie pleite.“

Nach Einschätzung des niedersächsischen Verfassungsschutzes hat sich das Thule-Netz in den letzten Wochen deutlich radikalisiert: „Während früher eher betuliche Texte über dieses Internetangebot abrufbar waren, sind jetzt volkverhetzende, antisemitische und den Nationalsozialismus verherrlichende Texte en masse im Thule-Netz vorhanden“, betonte der Sprecher des niedersächsischen Verfassungsschutzes Rüdiger Hesse kürzlich gegenüber dem ARD-Politmagazin REPORT.

Abrufbar sind im Thule-Netz, dessen Relevanz in der Neonazi-Szene allerdings massiv geschwunden ist, die in der Bundesrepublik verbotenen Bücher „Mein Kampf“, „Evolution und Wissen“ von Herbert Schweiger, „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert“ von Jan van Helsing (Jan Udo Holey) sowie „Die Protokolle der Weisen von Zion“.

Nach Angaben des niedersächsischen Verfassungsschutzes hat sich die Zahl von Homepages bundesdeutscher Neonazis im Internet in weniger als zwei Jahren fast verfünffacht. Während 1996 noch 32 Homepages beobachtet wurden, ist deren Zahl auf gegenwärtig 156 angestiegen. Diese Entwicklung entspricht auch dem weltweiten Trend: 1995 wurden insgesamt lediglich fünf Neonazi-Homepages registriert, heute existieren weltweit 448 davon.

A.M.

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation+Europa“ (NE) - 48.Jg., 10/98:

Nach dem - je nach Blickwinkel - erfreulichen oder betrüblichen Abschneiden der Rechtsextremen bei den Landtagswahlen in Bayern und Mecklenburg sowie im Bund war zu erwarten, daß der Ruf nach Einigung und die Beschimpfung derer, die sich ihr widersetzen, noch beschwörender und härter ausfällt als ohnehin. So kam es auch, allein vier Beiträge zuzüglich Leserbriefe sind dieser Thematik gewidmet. Im Aufmacher empfiehlt Harald Neubauer der extremen Rechten, Ignatz Bubis, zu beherzigen, der die Folgen der Uneinigkeit prophezeit habe. Franz Schönhuber in seiner diesmal auf die Hälfte geschrumpften Kolumne verlangt ein Ende der (bayrischen) „Provinzposen“ der REP. Sein Heil sieht er in der europäischen Plattform (unter dem plagiierten Leitwort, „Patrioten aller Länder, vereinigt Euch“), die Jean-Marie Le Pen, unterstützt durch Frank Vanhecke vom belgischen „Vlaams Blok“ ausarbeiten soll. Er warnt seine Gefährten, die unterlegenen Konkurrenten, Intriganten, wie er von Bismarck gelernt habe, zu demütigen, ruft zugleich „alle Funktionäre der patriotischen Parteien auf, sich an einen Tisch zu setzen“. Dieser Appell kehrt wieder in der Rubrik „Eurorechte im Blickpunkt“, wo Schlierer und Käs (wohl von Harald Neubauer) zum Rücktritt aufgefordert werden, der, wie vermutet wird, nur deshalb unterbliebe, weil man an der Wahlkampfkostenersatzung beteiligt werden wolle. Kritik wird geübt an der Wahlempfehlung von Gerhard Frey zur bayerischen Landtagswahl (CSU, Freie Wähler oder BFB). Dokumentiert wird ein Brief von BFB-Generalsekretär Kappel, der die „hilflose, heillose politische Rechte in Deutschland“ auffordert, das Voneinander-Abgrenzen zu beenden, da „die linken Indoktrinäre längst über alle etablierten Parteien das 'Sagen'“ hätten. Zweites Hauptthema ist die Klage über Globalisierung, der (so Prof. Nier aus Chemnitz), „ein neuer politischer Typ der Rekonstruktion“ entgegengesetzt werden soll, der der Rechten eine neue Hegemonie verschaffen werde. Rechtsanwalt von Waldheim verkündet seine „16 Thesen zum Kapitalismus“, im übrigen wird der „geschlossene Handelsstaat“ Fichtes zur Nachahmung empfohlen. Lamentiert wird über die zweite Stufe der „Wiedergutmachung ohne Ende“, die den Zweck habe, die europäische Wirtschaft zu schwächen, um die US-Wirtschaft zu stärken. (khr)

Junge Freiheit“ (JF), 13.Jg., Nr. 39-41/98:

Wunschpartei der JF-Leserinnen und -Leser bleiben die „Republikaner“. Dies ergab eine Leserumfrage, die allerdings noch vor den Wahlen durchgeführt wurde. Danach erhielten die REP den höchsten Wert mit 66,4 Prozent, gefolgt vom „Bund Freier Bürger“ mit 51,3 Prozent; 59,1 Prozent befürworteten auch ein Zusammengehen der beiden Formationen (39/98). Wie ähnlich sich REP und BFB in ihrer programmatischen Ausrichtung im Grund genommen sind, wird dann im nächsten Heft dokumentiert. BFB-Chef Brunner, dem nach Meinung von 76,9 Prozent der JF-Leser (für Schlierer votierten 70,6 Prozent) eine Führungsrolle zukommen sollte, sieht die REP allerdings „politisch am Ende“. Der ebenfalls befragte Franz Schönhuber bedauert den desolaten Zustand der REP insofern, als er Stück für Stück sein Lebenswerk kaputtgemacht sehe (39/98). Indirekten Beifall der JF erhalten die „Lebensschützer“, wobei Euthanasie mit Abtreibung („Tötungsakt“) in Zusammenhang gebracht wird (40/98). Beklagt wird die einseitige herrschende Meinung in der deutschen „Aufarbeitungsgeschichte“, in der der ehemals linke Kampfbegriff der „Kontinuität“ vom Deutschen Kaiserreich bis zu Adolf Hitler heute zum Allgemeingut geworden sei. JF-Chefredakteur Dieter Stein liest der Rechten die Leviten, die sich auf ihre inhaltlichen Gemeinsamkeiten und ihr politisches Selbstverständnis konzentrieren solle, statt Abgrenzerei zu betreiben (40/98). Mit dem Wahlsieg der SPD erhielten Union und Kanzler Kohl nun die Quittung für die schon 1982 „abgeblasene >geistig-moralische Wende<“, die die politische Landschaft hätte verändern können, leitartikelt Stein im nächsten Heft (41/98). Der nach rechts mutierte APO- und RAF-Veteran Horst Mahler geißelt in seinem Essay über Gerhard Schröder - den leider auch die „Süddeutsche Zeitung“ druckte - die politische Willkür in der Bundesrepublik in der Kohl-Ära, die Holocaust-Leugner und militante Neonazis ins Gefängnis gesteckt habe (41/98). Heimo Schwilk wünscht sich von der kommenden „Berliner Republik“ eine „atmosphärische Veränderung“ und hofft auf die „Befreiung ... von der instrumentalisierten Geschichte“. Das Wahlergebnis war für die extreme Rechte enttäuschend, aber die REP seien ob des Scheiterns der DVU mit „einem blauen Auge davongekommen“. Franz Schönhuber, als DVU-Zugpferd in Bayern kläglich gescheitert, kündigt an, 1999 als DVU-Spitzenkandidat für die Europawahlen anzutreten und empfiehlt der „Rechten in Deutschland“, nicht Teil des Systems, sondern dessen „Überwinder“ zu werden (41/98). (gn)

Hintergrund

Nestbeschmutzung

Die aktuelle Diskussion um die Wehrmachtsstellung erinnert an die Auseinandersetzung, die sich vor über 40 Jahren an einem Film über die nationalsozialistischen Verbrechen entzündete.

Zwei Daten bieten Anlaß für einen Rückblick: Einer der erfolgreichsten europäischen Filmproduzenten, der in Warschau geborene und in Frankreich aufgewachsene Anatole Dauman, starb im April dreiundsiebzigjährig in Paris. Der Durchbruch gelang ihm mit „Nuit et brouillard“ („Nacht und Nebel“), dem Dokumentarfilm über die nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager von Alain Resnais, der die Bundesregierung 1956 zu einer Intervention bei den Filmfestspielen in Cannes veranlaßte. Die Musik zu diesem Film schrieb Hanns Eisler (1898-1956), der aus Anlaß seines hundertsten Geburtstag im Juli u.a. mit einer Ausstellung in der Berliner Akademie der Künste gewürdigt wurde.

Die leidenschaftliche Debatte, die damals ausgelöst wurde, ist die erste öffentliche Auseinandersetzung über die nationalsozialistischen Verbrechen in der Bundesrepublik, die sich an einem Film entzündete, den viele auch heute noch zu den besten Dokumentarfilmen zählen, die jemals gedreht wurden.

„Nuit et brouillard“ ist ein Film von nur 32 Minuten Länge, komponiert aus Dokumentaraufnahmen und Archivmaterial in Schwarzweiß sowie farbigen Sequenzen, in denen die Wirklichkeit von 1955 - die zerfallenden Vernichtungslager Auschwitz und Birkenau - gezeigt wird. Die sorgfältig und teils kontrapunktisch aufeinander bezogenen Bildsequenzen werden von einem Text des französischen Schriftstellers Jean Cayrol (geb. 1911) kommentiert, der sich zu Beginn des Krieges der Widerstandsbewegung anschloß, inhaftiert und 1943 in das KZ Mauthausen deportiert wurde. Es ist ein dichter, beschwörender poetischer Monolog, der das Universum der Konzentrationslager, Ausbeutung, Quälerei und Demütigung, Terror und Vernichtung, vergegenwärtigt. Paul Celans Übersetzung, die von dem Original an manchen Stellen abweicht und ihr eigenes Gewicht hat, blieb für Jahrzehnte die einzige gedruckte Version; das französische Szenario erschien erstmalig 1997.

Zu Bild und Kommentar tritt die eigens für diesen Film komponierte eindringliche Musik von Hanns Eisler. Von Eisler war in der damaligen Diskussion jedoch nur beiläufig und - auch das war der Kalte Krieg - abfällig als dem „Sowjetzonen-Komponisten“ (Der Tag, Berlin) oder gar dem „Sowjetdeutschen“ (Berliner Morgenpost) die Rede.

„Nuit et brouillard“, der Titel des Films, bezieht sich auf den sogenannten „Nacht- und Nebel-Erlass“ vom 7. Dezember 1941, der von Hitler als Oberbefehlshaber der Wehrmacht herausgegeben und von Keitel als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht unterzeichnet wurde. Danach konnten Zivilpersonen in den besetzten Gebieten, die man eines Vergehens gegen das Reich oder die deutsche Besatzungsmacht beschuldigte - wenn man sie nicht gleich zum Tode verurteilte - heimlich „aus Abschreckungsgründen“ nach Deutschland deportiert werden; über ihr Schicksal wurden Angehörige und Bevölkerung im Ungewissen gelassen. „In den Konzentrationslagern“, so die Anklage vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, „gab es viele Häftlinge, die man ‘Nacht und Nebel’ nannte. Diese waren völlig von der Außenwelt abgeschnitten und durften weder Briefe empfangen noch schreiben. Sie verschwanden spurlos, und die deutschen Behörden gaben nichts darüber bekannt, was mit ihnen geschehen sei.“

Der Film wurde im Dezember 1955 fertiggestellt, erhielt im Januar 1956 den renommierten Prix Jean Vigo und wurde im März einstimmig als französischer Beitrag für die Filmfestspiele in Cannes im April nominiert. Bei einer privaten Vorführung des Films vorab durch den Produzenten Anatole Dauman waren auch Vertreter der deutschen Botschaft in Paris zugegen; Dauman empfand ihren Dank nach der Ausstrahlung des Films als „eisig“. Wenig später forderte die Botschaft in einem Brief an den französischen Außenminister Pineau die Absetzung des Films von der Auswahlliste: man habe im Prinzip nichts gegen ihn einzuwenden, sehe in den Festspielen, die zu den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern beitragen sollten, aber nicht das angemessene Forum. Zweifellos, so zitiert Le Monde am 1.8.56 weiter aus dem Brief, werde der Film die Atmosphäre vergiften und dem Ansehen der Bundesrepublik schaden; der normale Zuschauer sei nicht imstande, sich den Unterschied zwischen den verbrecherischen Führern des Naziregimes und dem heutigen Deutschland klarzumachen. Ebenso argumentiert auch Staatssekretär Ritter von Lex am 18. April 1956 im Deut-

schen Bundestag, als er auf Fragen der SPD-Abgeordneten Annemarie Renger nach den Gründen für die Intervention der Botschaft antwortete, Cannes sei nicht „der rechte Ort...um einen Film zu zeigen, der nur allzuleicht dazu beitragen kann, den durch die nationalsozialistischen Verbrechen erzeugten Haß gegen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wieder zu beleben.“

Zum Zeitpunkt der Fragestunde war dem deutschen Einspruch bereits stattgegeben worden: der Film wurde am 7. April zurückgezogen. Proteste auf beiden Seiten des Rheins waren die Folge; sie führten schließlich dazu, daß „Nuit et brouillard“ am 29. April doch noch in Cannes gezeigt wurde, jedoch „außer Konkurrenz“. In Frankreich meldeten sich Jean Cayrol und andere Persönlichkeiten des kulturellen und politischen Lebens zu Wort, ebenso die Organisationen der Widerstandskämpfer und Deportierten. In der deutschen Presse stieß das Vorgehen der Botschaft auf einhellige Ablehnung; entschiedener Protest kam auch von dem Autor Paul Schallück, der zugleich im Namen seiner „Freunde und Schriftstellerkollegen Heinrich Böll, Hans Werner Richter, Erich Kuby, Walter Dirks, Alfred Andersch, Eugen Kogon, Hans Georg Brenner, Ernst Kreuder, Wolfgang Hildesheimer und vieler anderer mehr“ sprach (NDR, 16.4.56). Der Einspruch der Botschaft, meinte die „Neue Zürcher Zeitung“ am 8.8.56, sei „einer überängstlichen und jedenfalls schwer verständlichen Sorge entsprungen“, und die „Deutsche Tagespost“ in Würzburg zitierte am 2.6. die Londoner „Times“: „Es ist schwer, etwas anderes als Zorn denjenigen gegenüber zu empfinden, die diese feierliche und schreckliche Elegie zurückzogen.“

■ Deutschem Ansehen geschadet ■

„Wenn irgendwo“, so formulierte der Korrespondent des „Kölner Stadt-Anzeigers“, der den Film in Cannes „inmitten von ehemals Deportierten und Mißhandelten“ sah, am 4.7.56 den entscheidenden Einwand gegen die deutsche Intervention mit Entschiedenheit, „so hätte es hier zu einer antideutschen Demonstration kommen müssen. Man hätte es sogar kaum übelnehmen können. Aber nichts dergleichen geschah. Die französischen Besucher machten nicht den Fehler, den ihnen die Bundesrepublik Deutschland eigentlich empfohlen hatte, als sie durch den Protest die Darstellung der Greueltaten des Dritten Reiches als aktuellen Vorwurf gegen Deutschland überhaupt betrachtete“.

„In Cannes abgesetzt, in Bonn gezeigt“ überschrieb der Bonner „General-Anzeiger“ am 2.7.56 seinen Bericht. Hier wurde der Film nämlich am 29.6. gezeigt, auf Initiative der Europäischen Zeitung, dem Organ der deutschen Sektion der europäischen Bewegung der Jugend, und vor einem geschlossenen Kreis, der sich aus in- und ausländischen Pressevertretern, Mitgliedern des Bundestages, Beamten und Angestellten der Ministerien und mehrheitlich aus Studenten zusammensetzte. An die 700 geladenen Gäste wurden Fragebögen verteilt, die, wie die französische „Le Monde“ am 1.8.56 ausführlich berichtete, danach forschten, ob der Film als objektiv oder tendenziös und antideutsch empfunden werde; ob die Erinnerung an die Naziverbrechen dringend notwendig, überflüssig oder schädlich sei; ob der Film einen heilsamen Schock auslöse, die Zuschauer gleichgültig lasse oder abstoße; und schließlich, ob er möglichst vielen zugänglich gemacht werden solle, nur ausgewählten Kreisen oder überhaupt nicht.

412 Zuschauer füllten ihren Bogen aus und gaben ihn am Ende der Vorstellung ab. 376 der 412 Zuschauer hielten den Film für objektiv und gerecht; 14 empfanden ihn als tendenziös und 7 als antideutsch. 347 Zuschauer hielten es für dringlich, ihn in Deutschland zu zeigen, 40 für unnütz und 9 für schädlich. 222 glaubten, daß er in Deutschland begrüßt würde, 41 an eine zurückhaltende, 38 an eine gleichgültige Aufnahme, 37 an Ablehnung. 263 Zuschauer sprachen sich für eine weite Verbreitung des Films aus, 106 für eine eingeschränkte; lediglich 11 waren gegen jede Vorführung. Je älter die Zuschauer, bemerkt der Beitrag zusammenfassend, desto ablehnender oder feindseliger waren die Bemerkungen, zu denen der Fragebogen zusätzlich aufforderte. Weitere Aufführungen vor geladenem Publikum folgten, die Berichte darüber stimmen überein: Überfüllte Säle in Berlin, in Hamburg, München, Düsseldorf und Hannover. Erschütterung, tiefe Bewegung - die „Zuschauer saßen wie erstarrt“: „Man wird diesen Film nie vergessen. Jeder sollte ihn sich ansehen“, so die Rhein-Neckar-Zeitung am 12.2.57.

Das in Cannes zerschlagene Porzellan, die einmütige Reaktion der Öffentlichkeit und das klare Ergebnis der Bonner Umfrage verfehlten ihre Wirkung nicht. Am 9.5.56 berichtete die „Frankfurter Allgemeine“ schließlich: „Bonner Kreise bemühen sich zur Zeit um den Ankauf der Vorführungsrechte“. Und so geschah es. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die Bundeszentrale sicherten sich die Rechte für die

nichtgewerbliche Nutzung und stellten über 100 Kopien kostenlos zur Verfügung. Darüber hinaus fand der Film im Dezember 1956 auch einen deutschen kommerziellen Verleih; er lief z. B. in Berlin in über 60 Theatern und wurde ständig in Matinee- und Sonderveranstaltungen eingesetzt.

Auch die „Deutsche Soldatenzeitung“ beschäftigte sich im April 1957 mit dem Film. Ihr Argumentationsgang ist bis heute aktuell geblieben: „Der deutsche Soldat des letzten Krieges...der...für den Bestand und für die Ehre seines Vaterlandes oft bis zur Selbstaufopferung seine Pflicht erfüllte, hat mit den Akteuren unentschuldbarer Exzesse nichts gemein.“ Noch in der Anzeige des Verbandes deutscher Soldaten zur Eröffnung der Wehrmachtausstellung in Bonn wird der gleiche Vorwurf gemacht, nämlich daß man „zwischen einer Minderheit, die an Kriegsverbrechen beteiligt war, und der großen Mehrheit, die glaubte, dem Vaterland gegenüber ihre Pflicht zu tun und die sich keiner Verbrechen schuldig gemacht hat, keinen Unterschied“ mache („General-Anzeiger“, 29.9.98). Und eine weitere Parallele drängt sich auf: Am 3.5.1957 berichtete die „Süddeutsche Zeitung“, der Gutachterausschuß der Landesbildstelle Baden-Württemberg habe beschlossen, den vom Kultusministerium zur Vorführung an höheren Schulen empfohlenen Film abzulehnen. „Das Gremium war der Auffassung, daß der Film aus pädagogischen Gründen den Jugendlichen, die den Krieg selbst nur in vager Erinnerung haben, nicht zugemutet werden könne.“ Am 3.9.98 berichtete wiederum der „General-Anzeiger“ unter der Überschrift „OB-Brief stößt in Schulen auf Empörung“, daß eine Einladung an alle Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften zum Besuch der Wehrmachtausstellung Empörung hervorgerufen habe. Wenn man einmal davon absieht, daß wohl kein Grundschullehrer auf die Idee käme, mit Zehnjährigen die Ausstellung zu besuchen (die Veranstalter empfehlen im Programm, das der Einladung beilieg, den Besuch ab 15 Jahren), daß die Empörung also wohl eine künstlich geschürte ist, so gilt auch hier, was die „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland am“ 17.5.57 mit Blick auf die damalige Auseinandersetzung schrieb: „Gerade weil die eigenen Erinnerungen so ‘vage’ sind wie der Stuttgarter Gutachterausschuß betonte, muß konkretes Wissen vermittelt werden - nicht um die Sünden der Väter zu enthüllen, sondern um die Kinder davor zu bewahren, den gleichen Weg des Unrechts und der Menschenverachtung zu gehen.“

Theo Meier-Ewert

Bücherschau

Täter und Mittäter im NS-Staat

Über die Verfolgung und Vernichtung der Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland existieren zahlreiche Studien unterschiedlicher methodischer Herangehensweise und analytischer Qualität. Der an der Universität Tel Aviv und an der University of California, Los Angeles lehrende renommierte Historiker Saul Friedländer hat diesen eine weitere, als zweibändige Gesamtdarstellung konzipierte Arbeit mit einem eigenen Anspruch hinzugefügt. In der wird „versucht, einen Bericht zu geben, in dem zwar die politischen Maßnahmen der Nationalsozialisten das zentrale Element bilden, in dem aber zugleich die umgebende Welt sowie die Einstellungen, die Reaktionen und das Schicksal der Opfer einen untrennbaren Bestandteil dieser sich entfaltenden Geschichte bilden“ (S. 12). Die Opfer sollen dabei nicht nur als abstraktes Element oder passiver Faktor vorkommen, sondern in ihrer individuellen Betroffenheit und Handlungsweise beschrieben werden. Aber nicht nur dadurch liefert Friedländer einen breiteren und differenzierteren Blick auf die beschriebenen historischen Ereignisse.

Hinzu kommt noch die parallele Beschreibung der Entwicklung auf den verschiedensten Ebenen: Von der Partei- und Regierungsspitze und den gesellschaftlichen Führungsschichten, über verschiedene regionale und soziale Bereiche mit der konkreten Umsetzung antisemitischer Maßnahmen, den besonderen ideologischen Entwicklungen und der persönlichen Betroffenheit von Opfern. Friedländers historisch-chronologische Darstellung nimmt bei der Interpretation einen ständigen diesbezüglichen Perspektivwechsel vor, wodurch ein facettenreiches, differenziertes und umfassendes Bild von den geschichtlichen Ereignissen entsteht. Untergliedert ist Friedländers Arbeit in zwei Teile: „Ein Anfang und ein Ende“ schildert den Weg ins Dritte Reich, die Rollen der Eliten, den Erlösungsantisemitismus, das neue Ghetto und die antijüdischen Gesetze, „Die Einkreisung“ widmet sich dem bürokratischen und kirchlichen Umgang mit den Juden, der Entwicklung in den Nachbarländern, der Eskalation des Antisemitismus bei den Ausschreitungen 1938 und der Situation der Juden unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Bei den jeweiligen Beschreibungen der historischen Prozesse nimmt Friedländer immer wieder differenzierte Einschätzungen und Interpretationen zu wichtigen Aspekten der Diskussion vor: Danach wurde zunächst die Politik von Enteignung und Vertreibung der Juden verfolgt und es bestand keineswegs von Anfang an ein fertiger Plan zur Vernichtung. Sie ergab sich vielmehr improvisiert aus den diesbezüglichen außen-, innen- und sozialpolitischen Entwicklungen, die zusätzlich angetrieben wurden durch den Wechsel von schrittweiser bürokratischer Entrechtung und den wellenartigen gewalttätigen Exzessen. Forciert wurde für Friedländer ein derartiger Prozeß durch die zentrale Bedeutung und persönliche Rolle Hitlers. Dieser sei ideologisch geprägt durch einen spezifischen Typus des völkischen Antisemitismus, den religiös angereicherten „Erlösungsantisemitismus“, der in der Vernichtung der Juden das Heil erblickte.

Ähnliche Auffassungen sieht der Autor auch bei den Partei-Aktivisten und -Funktionären verbreitet, dem gegenüber hätte die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine solche Ausrichtung auf Vertreibung und Vernichtung nicht geteilt. Vielmehr seien dort traditionelle Vorurteile verbreitet gewesen, welche Absonderung und Diskriminierung guthießen, schärfere Maßnahmen indessen nicht akzeptieren, aber auch nicht gegen diese einschritten, sondern sie durch das Wegsehen passiv billigten. Ein ähnliches Verhalten macht Friedländer auch aus beim Verhalten der Kirchen und Universitäten, die den bedrohten Juden eben nicht zu Hilfe kamen, sondern deren Diskriminierung offen mittrugen. Gerade in dem hier exemplarisch deutlich werdenden Verhalten der gesellschaftlichen Eliten sieht der Autor eine Brücke zwischen der traditionalistisch-antisemitischen Prägung weiter Teile der Bevölkerung und dem scharfen „Erlösungsantisemitismus“ der Nationalsozialisten.

Friedländers Arbeit hebt sich allein schon wegen der methodischen Herangehensweise, der darstellerischen Verkopplung von Täter, Gesellschaft und Opfer, von anderen Veröffentlichungen zum Thema ab. Hinzu kommen noch weitere Vorzüge, sei es die parallele Beschreibung allgemeiner politischer Veränderungsprozesse und deren exemplarische Verdeutlichung anhand von Einzelschicksalen, sei es die Herausarbeitung abgewogener und differenzierter Interpretationen und Thesen, womit er etwa die starre Polarisierung der Diskussion um die Rolle Hitlers von Funktionalisten und Intentionalisten überwindet. Darüber hinaus erweist sich

Friedländers Arbeit auch weitaus differenzierter als der Ansatz von Daniel J. Goldhagen, der namentlich in dem Buch überhaupt nicht vorkommt. Zutreffend weist Friedländer etwa darauf hin, daß die ideologische Radikalisierung des Nationalismus und Antisemitismus in Deutschland von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Weg zum Holocaust war, aber dadurch allein die Massenvernichtung der Juden eben nicht erklärt werden kann.

Hier und da kann verständlicherweise bei einem solchen Buch zu einem solchen Thema auch Kritik angemeldet werden. So zutreffend etwa der Hinweis auf den besonderen Charakter des „Erlösungsantisemitismus“ ist, so verwundert doch, daß Friedländer die religiöse Dimension dieses Verständnisses nicht vor dem Hintergrund der aktuellen Forschungskontroverse um Diktaturvergleich, politische Religionen und Totalitarismus erörtert. Leider verweigert sich der Autor auch einer systematischen Analyse und Interpretation der Ursachen für den Weg zum Holocaust, wozu er allerdings bedeutsame und wichtige Anregungen gibt. Friedländer will offenbar nicht ein als Zivilisationsbruch geltendes Ereignis durch eine übergreifende Deutung als rational erklärbar erscheinen lassen. Aber dererlei Einwände sollen nicht den Wert der Arbeit schmälern, trägt sie doch nach der emotionalisierten Goldhagen-Debatte zur Differenziertheit und Versachlichung bei. Übrigens ist sie nicht nur analytisch interessanter, sondern auch weitaus nüchterner als die Arbeit des US-amerikanischen Politologen und dies obwohl oder trotz Friedländer im Gegensatz zu Goldhagen selbst Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung war.

Armin Pfahl-Traugher

Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. Aus dem Englischen übersetzt von Martin Pfeiffer, München 1998 (C. H. Beck-Verlag), 458 S., 58 DM.



Auszeichnung

München - Der jüdische Autor und Historiker Saul Friedländer erhält für sein oben rezensiertes Buch „Das Dritte Reich und die Juden“ von der Stadt München den Geschwister-Scholl-Preis für 1998. Die mit DM 20.000 dotierte Auszeichnung wird von der bayerischen Landeshauptstadt gemeinsam mit dem Verband Bayerischer Verlage und Buchhandlungen verliehen. Die Preisverleihung findet am 23. November voraussichtlich in der Großen Aula der Münchner Universität statt.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** - Von insgesamt 2.852 Wahllokalen in der Hauptstadt hatten bei der Bundestagswahl fast 900 in den östlichen Stadtbezirken und über 600 in den westlichen mehr als fünf Prozent an Stimmen für die rechtsextremen Parteien. In rund 100 Wahlbezirken wurden sogar mehr als zehn Prozent rechtsextreme Stimmen registriert. Hohe Wahlergebnisse erzielten die rechtsextremen Parteien in der Umgebung der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normannenstraße, allein sieben Prozent stimmten für die DVU. In der Normannenstraße residiert seit Dezember 1997 auch das braune Café Germania, ein Treffpunkt der Berliner Neonazi-Szene. Einen ihrer Spitzenwerte von 14,6 Prozent holten die Rechtsextremen zusammengerechnet im dortigen Wahllokal in der Gesamtschule Atzpodienstraße.

■ **Dresden** - Der sächsische NPD-Landesverband hat nach Informationen des Dresdner Infoladens bereits eine 25köpfige Landesliste für die im Herbst nächsten Jahres stattfindende Landtagswahl in Sachsen aufgestellt. Spitzenkandidat ist der amtierende Landesvorsitzende Winfried Petzold.

■ **Düsseldorf** - Nach längerer Unterbrechung ist die Zeitschrift „Barett“, ein internationales Militärmagazin, wieder im Handel. Das Blatt erscheint nun beim „Kabinett Verlag“ im schweizerischen Erlen. Der bisherige Verlag, der „Barett-Verlag“ aus dem nordrhein-westfälischen Solingen, wurde aufgelöst. Verlagschef von „Kabinett“ ist weiterhin Karl-Heinz Dissberger, der in einem internen Schreiben vom 1. Oktober mitteilte, daß er den „Standort Solingen ganz aufgegeben“ habe und in der Bundesrepublik lediglich der telefonische Bestellservice in Düsseldorf verbleibt. Im aktuellen Verlagsangebot finden sich weiterhin einschlägige Titel aus dem „Barett-Verlag“, wie das Buch „SAS Einsatztaktiken“ von Mike Robinson. Detailliert werden dort u.a. „Taktiken zur Terrorismusbekämpfung“, „Lautloses Töten“, „Beobachtung des Gegners“ und „Infiltrationsarten“ beschreiben. Beliebt - auch in Neonazikreisen - ist die 16 Mark teure Kleinkriegsanleitung „Werwolf - Winke für Jagdeinheiten“ von Artuhr Erhardt, ehemals SS-Hauptsturmführer und Chef der „Bandenbekämpfung“ im Führerhauptquartier. Bei Verlagschef Dissberger, der 1975 für die NPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen kandidierte, wurden 1980 bei einer Hausdurchsuchung

mehrere tausend Schuß Munition, Pistolen mit TNT gefüllte Handgranaten gefunden, was Dissberger, zeitweilig Mitglied der „Wiking-Jugend“ einen Prozeß wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz einbrachte.

■ **Frankfurt** - Auch bei der diesjährigen Frankfurter Buchmesse fanden sich wieder Verlage mit rechtsextremistischem, okkultistischem oder esoterischem Angebot. Vertreten waren neben anderen: die neurechten Verlage Karolinger und Arun (neu im Programm ist ein Buch über Karl-Maria Wili-gut >alias „Weisthor“<, der als „Himmlers Rasputin“ gilt), die rechtsextreme Wochenzeitung „Junge Freiheit“, der ultrarechte „Leopold-Stocker-Verlag“ aus dem österreichischen Graz, der in Freiburg beheimate „Ahriman-Verlag“, der germanophile „Bund für deutsche Schrift und Sprache“, die verschwörungstheoretisch geprägten Verlage „Michaels“ und „Ewert“, der Militaria-verherrlichende „Kabinett-Verlag“. Am Zeitschriftenstand fanden sich die holocaustleugnende Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) und die „Unitarischen Blätter für ganzheitliche Religion und Kultur.“

■ **Hamburg** - Am 9. Oktober feierte das „Nationale Infotelefon“ von Andre Goertz sein fünfjähriges Bestehen. Auf der Saalveranstaltung waren nach eigenen Angaben rund 40 Personen im Alter von 18 bis 92 Jahren anwesend. Vorgestellt wurde dabei auch die neueste Ausgabe des NIT-Radios „Stimme der Freiheit“, die im Internet abgerufen werden kann. Wortbeiträge gibt es in der Sendung u.a. von NPD-Pressesprecher Klaus Beier, dem neurechten Theoretiker und Kopf des „Deutschen Kollegs“ Reinhold Oberlercher und dem Herausgeber von „Signal“, Manfred Rouhs, ehemals „Europa Vorn“.

■ **Lübeck** - Einer Pressemitteilung des Lübecker „Bündnis Rechts“ zufolge haben sich in der Marzipanstadt auf einer „strukturübergreifenden Versammlung“ Vertreter von DVU, REP, NPD, DLHV, „Bündnis Rechts“ und sogenannter „freier Kameradschaften“ getroffen. Aufgerufen wurde zu einer „Volksfront gegen linke Gewalt“. Eigentliches Ziel ist die „engere Vernetzung“ und „organisationsübergreifende Zusammenarbeit“ von Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur.

■ **Lübeck** - Der Polizistenmörder Kay Diesner, der seine neonazistische Karriere als 17jähriger 1990 bei der „Nationalen Alternative“ in der Ost-Berliner Weitlingstraße startete, meldete sich in der Au-

gust-Ausgabe der „Nachrichten“ der neonazistischen Knast-Organisation HNG zu Wort. Dort berichtet der wegen Mordes verurteilte Neonazi, daß er auch vom Knast aus „Kontakt zur Berliner und Brandenburger Kameraden“ unterhalte. Zugleich beklagt Diesner, daß er im Gefängnis „der einzige Deutsche unter 70% Fremdrassigen und 30% BRD-Verbrechern“ sei. Sein Schreiben schließt Diesner mit „Immer treu“.

■ **Lübeck** - Wegen Brandstiftung und Verwendung verfassungswidriger Symbole hat das Landgericht Lübeck den 20jährigen Gärtnerlehrling Christian Prudlo zu einem Jahr Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Damit ging nach acht Monaten der Prozeß um den Brand der Lübecker St.Vicelinkirche vom Mai 1997 zu Ende. Der Angeklagte hatte einen direkt neben dem Gotteshaus gelegenen Schuppen in Brand geschossen. Auf die Kirchenmauer schmierten Prudlo und weitere Tatbeteiligte Hakenkreuze und sprühten den Schriftzug des Lübecker Pastors Harig. Dieser gewährte mit seiner Gemeinde einer von Abschiebung bedrohten algerischen Familie Kirchenasyl. Gegen Harig lief seinerzeit eine regelrechte Kampagne der Neonazis mit Flugblättern und diversen Schmieraktionen. Nach 37 Verhandlungstagen meinte die Jugendstrafkammer, bei dem Angeklagten keine rechtsgerichtete oder ausländerfeindliche Gesinnung ausmachen zu können. Der Staatsanwalt sprach von einem „frustrierten jungen Mann“, der mit seinen Freunden nur „Scheiße bauen wollte“.

■ **Mannheim** - Gegen den ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert (58) wird am Mannheimer Landgericht ab dem 4. November wegen verschiedener Berufungsverfahren verhandelt. Das älteste erneut zur Verhandlung anstehende Urteil stammt vom Amtsgericht Weinheim und datiert vom März 1995, wo Deckert u.a. wegen Beleidigung in zwei Fällen verurteilt worden war. Deckert war zudem im Juni (vgl. BNR 14/96) und im Oktober (BNR 24/96) 1996 vom AG Weinheim sowie im Dezember 1996 (BNR 1/97) vom AG Mannheim in verschiedenen Prozessen wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Bedrohung jeweils zu Haftstrafen zwischen zwei und 20 Monaten verurteilt worden. Deckert ist seit November 1995 in der JVA Bruchsal inhaftiert, dort muß im November mit Aktionen der rechtsextremen Sympathisantenszene gerechnet werden. Die Verhandlungstermine sind für den 4., 6., 11., 13., 18., 20., 25. und 27. November jeweils um 9.00 Uhr angesetzt.

■ **Mainz** - In der aktuellen Ausgabe der „HNG-Nachrichten“ findet sich auch ein Bericht über die diesjährigen Aktivitäten des Aktionskomitees anlässlich des elften Todestages von Rudolf Hess. So fanden in diesem Jahr lediglich kleinere lokale Aktionen in der Bundesrepublik statt. Im dänischen Greve konnten am 15. August dagegen 130 Rechtsextremisten aufmarschieren. Am 4. Juli beging die neonazistische „Kameradschaft Rhein-Nahe“ ihr alljährliches Sommerfest in der Nähe von Bingen. In den „HNG-Nachrichten“ wird aus dem „Kameradschaft Rhein-Nahe-Infobrief“ zitiert, „daß auf dem besagten Sommerfest eine Fusion zweier Kameradschaften durchgeführt wurde: die Kameradschaft Rheingau ging in die Kameradschaft Rhein-Nahe über. Diese Fusion ist als weiterer Schritt zur Einheit zu sehen.“

■ **Oberboihingen** - In der aktuellen Ausgabe der Publikation „Das Freie Forum“, der Quartalschrift der rechtsextremen „Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.“ (GFP), werden zwei Jubilare geehrt. Zum einen feiert das Gründungs- und Ehrenmitglied Holle Grimm, Tochter des Blut-und-Boden-Autors Hans Grimm („Volk ohne Raum“), am 21. November ihren 80. Geburtstag. Zum anderen begeht am 9. Oktober das GFP-Gründungs- und langjährige Vorstandsmitglied Waldemar Schütz sein 85. Wiegenfest. Die laut Verfassungsschutzbericht „mitgliederstärkste rechtsextremistische >Kulturvereinigung<“ wurde 1960 gegründet und führt seit 1975 alljährlich eine große Vortragsveranstaltung durch. Der nächste Jahreskongreß der GFP ist für den 16. bis 18. April 1999 im südlichen Niedersachsen angekündigt. An dem diesjährigen Kongreß „Mut zur Freiheit“ hatten der ehemalige baden-württembergische NPD-Landtagsabgeordnete Karl Basler, der ehemalige NPD-Funktionär Felix Buck, der emeritierte Politikwissenschaftler und akademische „Anti-Antifa“-Experte Hans-Helmuth Knütter, der rechtsextreme Multifunktionär Harald Neubauer, der Publizist und Bundeswehrleutnant a.D. Claus Nordbruch, der einstige FPÖ-Funktionär Otto Scrinzi, der ultrarechte Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler und der ehemalige NHB-Bundesvorsitzende, Rechtsanwalt Thor von Waldstein als Referenten teilgenommen.

■ **Witten** - Eine 40seitige Hetzschrift mit dem Titel „Alliierte Umerziehung und die Verteidigung des Abendlandes“ kursiert derzeit in rechtsextremen Kreisen. Die Schrift dient, wie in einem Vorwort vermerkt ist, „der Aufklärung über ein Menschheitsverbrechen, wie es ungeheuerlicher und per-

verser nicht ausgedacht werden konnte. Hier ist nachzulesen, wo und wie diese Teufelei ausgebrütet und angewandt wurde, wozu sie dienen sollte und welche Wirkung sie bis heute auf unser Volk ausübt.“ Autor des Pamphlets, das auch politisch Andersdenkenden unaufgefordert zugeschickt wurde, ist Harald Pannwitz, einschlägig bekannt als Referent bei den neonazistisch ausgerichteten „Hertendorfer Tagungswochen“. Als Verleger tritt der rechtsextremistische „Buchdienst Witten“ in Erscheinung, der von Friedrich Kathagen (Freiwilliger bei der Waffen-SS, Mitbegründer der HIAG) gegründet wurde.

Ausland

■ **Frankreich (Paris)** - Der französische Rechts-extremist Jean-Marie Le Pen will einer möglichen Vorladung der Münchner Staatsanwaltschaft im Falle eines Ermittlungsverfahren gegen ihn nicht Folge leisten. Er beachte „Befehle nicht, schon gar nicht, wenn sie aus dem Ausland kommen“, erklärte er dazu im französischen Fernsehen. Das Europäische Parlament hatte Anfang Oktober die parlamentarische Immunität Le Pens aufgehoben, so daß ein Untersuchungsverfahren gegen den rechtsextremen Politiker eingeleitet werden könnte, was von der Münchner Staatsanwaltschaft momentan vorbereitet wird. Anlaß für ein Strafverfahren bietet eine Äußerung Le Pens im Dezember vergangenen Jahres auf einer Pressekonferenz in München, wobei er die Gaskammern der Nationalsozialisten als „Detail der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ bezeichnete. Obwohl in Frankreich bereits verurteilt, tat der unbelehrbare Rechtsextremist diese Aussage bereits mehrfach öffentlich. Erst vor wenigen Tagen bekräftigte er in einem Interview mit dem „Spiegel“ vom 12. Oktober seine Behauptung von den Gaskammern als Nebensächlichkeit des Zweiten Weltkriegs wieder ungeniert öffentlich.

■ **Österreich (Klagenfurt)** - Der rechtslastige „Freiheitlichen“-Politiker Jörg Haider hat nach 15 Jahren den Landesvorsitz seiner Partei im Bundesland Kärnten an Jörg Freunschlag abgegeben. Haider, der seit 13 Jahren Bundesvorsitzender der „Freiheitlichen“ ist, will im nächsten März wieder Landeshauptmann von Kärnten werden, wozu ihn seine Partei unlängst fast hundertprozentig nominierte. 1991 mußte der populistische Politiker das Amt des Landeshauptmanns wegen seiner umstrittenen Äußerung zur NS-Beschäftigungspolitik vorzeitig niederlegen.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

■ **USA/Florida (Pensacola)** - Den „gegenwärtigen jüdischen Beutezug durch alle Institutionen des Westens“ beklagt der Deutsch-Amerikaner Hans Schmidt (Florida/Pensacola), einst Mitglied der „Hitler-Jugend“ (HJ) und nach eigenem Bekunden auch der Waffen-SS, in der September-Ausgabe seines deutschsprachigen USA-Berichts. Die im siebten Jahrgang erscheinende Monats-Schrift richtet sich zielgerichtet an Kameradenkreise in der Bundesrepublik, denen Nachrichten übermittelt werden sollen, „die von den Systemmedien nicht oder nur ungenügend behandelt werden.“ Schmidt lebt seit 1949 in den USA. In der Bundesrepublik unterhält er beim Postgiroamt Saarbrücken ein Konto.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto